



Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie

13. Sitzung (öffentlich)

1. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 16:38 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmelzer (SPD)

Protokoll: Konstantinos Karantonas

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Jahresbericht des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie	4
	– Wortbeiträge	
	a) Kapitel 4 (s. Anlage 1)	4
	Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen	
	– den von den Fraktionen eingereichten Änderungen und Ergänzungen zu Kapitel 4 (<i>Anlage 1</i>), der Änderung des Satzes „Die neue Omikron-Variante hat gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“ in: „Es hat sich gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“ im Textteil der CDU-Landtagsfraktion in Kapitel 4.7,	
	– der redaktionelle Anpassung der Genderformen in Kapitel 4 sowie	

– der redaktionelle Herstellung der Begriffskonsistenz in Kapitel 4 im Jahresberichtsentswurf des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie zu.

b) Kapitel 1, 2, 3 und 5 (s. Anlage 2) 5

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen den Kapiteln 1, 2, 3 und 5 (*Anlage 2*) im Jahresberichtsentswurf des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie zu.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen dem Entwurf des Jahresberichts des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie in der soeben geänderten Fassung zu.

c) Berichterstattung im Plenum 6

Gegen den Vorschlag von Marco Schmitz (CDU), dass die Fraktionssprecherinnen und -sprecher auf ihre jeweilige parlamentarische Geschäftsführung zugehen, um die zeitliche Ausgestaltung der Vorstellung des Jahresberichtes im Plenum zu erörtern, erhebt sich kein Widerspruch.

2 Datenlage – Bereich Bildung 8

Ausschussprotokoll 17/1660 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 07.12.2021)

– Wortbeiträge

3 Verschiedenes 12

a) Vorschlag von Angela Lück (SPD) für ein Gespräch mit sachverständigen Gästen 12

b) Hinweis zur nächsten Sitzung vom Vorsitzenden Rainer Schmeltzer 13

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass die Sitzung per Videostream im Internet übertragen werde. Es gälten die Beschlüsse zu einer reduzierten Zahl anwesender Ausschussmitglieder. Weitere Ausschussmitglieder seien per Video zugeschaltet.

1 Jahresbericht des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** schlägt vor, über die in der Tischvorlage (*Anlage 1*) aufgeführten Änderungen – jede Fraktion habe sich dabei auf ihre eigenen Textbeiträge bezogen – en bloc abzustimmen.

Marco Schmitz (CDU) streicht heraus, dass der Jahresbericht keinen gemeinsamen Bericht – wie etwa bei Enquetekommissionen der Fall – darstelle; vielmehr spiegele er lediglich den Sachstand der einzelnen Fraktionen wider. Die CDU-Fraktion trage nicht alle Positionen der anderen Fraktionen, und ebenso sei es vermutlich auch andersherum

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** teilt die Position seines Vorredners uneingeschränkt: Der Bericht solle lediglich die Standpunkte der Fraktionen zu einzelnen Themen widerspiegeln.

Carina Gödecke (SPD) schließt sich den Vorrednern an, weist aber zugleich darauf hin, dass das bisher Gesagte natürlich nicht auf Kapitel 5 „Zwischenstand“ übertragbar sei. Das Kapitel 5 erfülle nur dann seinen Zweck, wenn seine Inhalte von den Fraktionen als gemeinsame Beschlussfassung getragen würden und der Vorsitzende sie in der Form zur Berichterstattung nutzen könne.

a) Kapitel 4 (s. Anlage 1)

Angela Lück (SPD) merkt an, dass die CDU-Fraktion im Unterkapitel 4.7 zur Omikron-Variante ausführe. Dabei fußten die Ausführungen an dieser Stelle auf der Sitzung vom 7. Dezember, in der es noch nicht um die Omikron-Variante gegangen sei.

Die CDU-Fraktion, so **Marco Schmitz (CDU)**, schlage zur Lösung dessen vor, die Textstelle: „Die neue Omikron-Variante hat gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“ zu ändern in: „Es hat sich gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“. Unabhängig von der Omikron-Variante hätten die Inzidenzzahlen zu Beginn der Pandemie eine andere Wertigkeit gehabt als im weiteren Verlauf, als es mehr Geimpfte gegeben habe.

Susanne Schneider (FDP) spricht sich für redaktionelle Anpassungen hinsichtlich des Genderns im Jahresbericht aus. In weiten Teilen würden Formen wie „Bürgerinnen und Bürger“ genutzt. Dies gelte es im Sinne der Lesbarkeit noch anzupassen.

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** plädiert sowohl für eine Vereinheitlichung der Genderformen im Bericht sowie für eine konsistente Verwendung von Begriffen wie etwa bei „Nordrhein-Westfalen“ bzw. „NRW“.

Marco Schmitz (CDU) fragt, ob das Thema „Bildung“ im Jahresbericht entfallen oder Berücksichtigung finden werde.

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** räumt ein, dass er das Thema zwar gerne in diesem Bericht berücksichtigt gesehen hätte, aber dass sich dies nicht realisieren lasse. Schließlich müsse er den Jahresbericht bei Beschließung noch am heutigen Tag der Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales übermitteln, um den selbstgesetzten Terminplan einhalten zu können.

Da der Entsendungsbeschluss aber jährlich einen Bericht des Begleitgremiums vorsehe, könne das Thema – vorbehaltlich einer erneuten Konstituierung des Begleitgremiums in der neuen Legislaturperiode – zu einem späteren Zeitpunkt Eingang in die entsprechende Berichterstattung finden.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen

- den von den Fraktionen eingereichten Änderungen und Ergänzungen zu Kapitel 4 (*Anlage 1*), der Änderung des Satzes „Die neue Omikron-Variante hat gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“ in: „Es hat sich gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können“ im Textteil der CDU-Landtagsfraktion in Kapitel 4.7,
- der redaktionelle Anpassung der Genderformen in Kapitel 4 sowie
- der redaktionelle Herstellung der Begriffskonsistenz in Kapitel 4

im Jahresberichtsentwurf des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie zu.

b) Kapitel 1, 2, 3 und 5 (s. Anlage 2)

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass die für Kapitel 4 beschlossenen redaktionellen Anpassungen bezüglich der Genderformen und der konsistenten Verwendung von Begriffen auf den gesamten Bericht ausgeweitet werden sollten.

Angela Lück (SPD) lobt das gut formulierte Kapitel 5, das nach ihrem Eindruck inhaltlich von allen Fraktionen mitgetragen werde.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen den Kapiteln 1, 2, 3 und 5 (*Anlage 2*) im Jahresberichtsentwurf des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie zu.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen dem Entwurf des Jahresberichts des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie in der soeben geänderten Fassung zu.

c) **Berichterstattung im Plenum**

Der **Vorsitzender Rainer Schmeltzer** erinnert daran, dass er die beschlossene Berichtsfassung im entsendenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 9. Februar als TOP 2 vorstellen werde und aller Voraussicht nach eine entsprechende Berichterstattung im Plenum in der siebten Kalenderwoche stattfinden könne.

Marco Schmitz (CDU) fragt, ob bei dem entsprechenden TOP im Plenum eine Block-I-Debatte stattfinden oder nur berichtet werde.

Der **Vorsitzender Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass bei Unterausschussdebatten die Parlamentarischen Geschäftsführer regelten, welche Form der Debatte angesetzt werde oder wie viel Redezeit der jeweilige Vorsitzende bekäme. Eine reine Berichterstattung ohne Debatte könne er in diesem Fall aber ausschließen.

Eine Block-I-Debatte mit fünf Minuten Redezeit pro Fraktion hielte er persönlich nicht für angemessen vor dem Hintergrund, dass das Begleitgremium in 11 von 13 Sitzungen intensiv und innerhalb eines sehr umfangreichen Themenspektrums mit sachverständigen Gästen diskutiert habe.

Carina Gödecke (SPD) weist darauf hin, dass alles, was einvernehmlich zwischen den Fraktionen verhandelt und verabredet werde, Vorrang gegenüber der Geschäftsordnung erhalte.

Sie teile die Meinung des Vorsitzenden Rainer Schmeltzer, dass eine Block-I-Debatte nicht angemessen wäre. Das Begleitgremium COVID-19-Pandemie sei direkt aus der parlamentarischen Debatte und aus der Beratung mit der Landesregierung heraus entstanden und nehme eine Sonderfunktion wahr. Letzteres sowie die Forderung, das Gremium in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen, könne auch durch die Bitte um eine ausreichende Redezeit für die Vorstellung der Arbeit auf Grundlage des Jahresberichtes durch den Vorsitzenden außerhalb der üblichen Redezeiten untermauert werden.

Helmut Diegel (CDU) zeigt Verständnis für die Position seiner Vorrednerin. Er hätte allerdings einen vorherigen Austausch mit den Sprechern des Ausschusses zu diesem Vorschlag befürwortet; denn er sehe es als problematisch an, einzig dem Ausschussvorsitzenden in einer solchen Debatte mehr Redezeit zuzugestehen. Eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender könne sich dabei nämlich parteineutral oder auch nicht parteineutral verhalten – wemgleich der Vorsitzende Rainer Schmeltzer den zu Beginn des

Ausschusses einvernehmlich festgelegten Handlungsrahmen vorzüglich eingehalten habe.

Persönlich halte er das Anliegen nicht zuletzt im Hinblick auf eine Neukonstituierung des Begleitgremiums für zielführend. Nichtsdestotrotz bitte er darum, den eingebrachten Vorschlag noch einmal außerhalb der jetzigen Sitzung zu diskutieren.

Carina Gödecke (SPD) erläutert, dass sie ihren Vorschlag im Zuge der Diskussion über die Redezeit spontan formuliert habe. Sie könne den Einwurf von Helmut Diegel (CDU) nachvollziehen.

Es bleibe noch hinreichend Zeit, den Vorschlag zu erörtern; schließlich müsse der Bericht vor dem Plenum auch erst im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorgestellt werden.

Der **Vorsitzender Rainer Schmeltzer** signalisiert für den Vorschlag von Carina Gödecke (SPD) Zustimmung. Es bestehe jedoch keine Notwendigkeit, diesem Vorschlag formal nachzugehen. Er befürworte, dass das Begleitgremium seine Bedeutung gegenüber den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und -führern zum Ausdruck bringe.

Er hätte keine Einwände, so **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**, wenn der Vorsitzende bei der Beratung im Plenum eine längere Redezeit bekäme als die Sprecher der Fraktionen; zumal auch andere Vorsitzende bei Zwischenberichten oder im Fall des Petitionsausschusses mehr Redezeit bekämen. Solche Vereinbarungen könnten auch auf Grundlage einer Block-I-Debatte zusätzlich getroffen werden.

Überdies enthalte der Jahresbericht des Begleitgremiums nicht viele Handlungsempfehlungen und biete damit wenig Diskussionsanreiz, weshalb beim Redebeitrag des Vorsitzenden vielmehr die Einordnung des Begleitgremiums – etwa seine Entstehung sowie aktuelle und künftige Aufgaben – im Vordergrund stehen würde.

Susanne Schneider (FDP) schließt sich der Meinung ihres Vorredners an.

Marco Schmitz (CDU) schlägt vor, dass die jeweiligen Fraktionssprecherinnen und -sprecher in der Sache auf ihre Parlamentarische Geschäftsführung zugehen und danach Vorschläge zum Umgang mit diesem Punkt machen sollten.

Gegen den Vorschlag von Marco Schmitz (CDU), dass die Fraktionssprecherinnen und -sprecher auf ihre jeweilige Parlamentarische Geschäftsführung zugehen, um die zeitliche Ausgestaltung der Vorstellung des Jahresberichtes im Plenum zu erörtern, erhebt sich kein Widerspruch.

2 Datenlage – Bereich Bildung

Ausschussprotokoll 17/1660 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 07.12.2021)

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass dieser Themenbereich in dem Jahresbericht des Begleitgremiums nicht berücksichtigt, jedoch eine andere Art der Berichterstattung erfahren werde.

Das Gespräch mit sachverständigen Gäste aus unterschiedlichen Bildungsbereichen habe gezeigt, dass die Bildungslandschaft von der Pandemie stark betroffen worden sei, so **Marco Schmitz (CDU)**, und dass dies insbesondere im Hochschulbereich zu langfristigen Änderungen führen könne. So habe die pandemische Situation etwa an den Hochschulen die Frage aufgeworfen, inwieweit am Konzept „Präsenzveranstaltung“ festgehalten werden müsse. Überdies hätten die psychologischen Dienste der Universitäten aus personellen Gründen Schwierigkeiten gehabt, den für sie neuen, pandemiebedingten – vor allem den infolge sozialer Vereinsamung entstandenen – Beratungsbedarf abzudecken.

Daneben hätten im Schulbereich – für dieses Problem habe es zu dem Zeitpunkt keine Lösung gegeben – Inklusionshelfer aufgrund der pandemischen Lage Kinder mit Förderbedarf nicht im Schulalltag begleiten, und die betroffenen Kinder hätten daher nicht am Unterricht teilnehmen können. Es müsse in Zukunft daran gearbeitet werden, dass sich diese Benachteiligung nicht wiederhole und künftig in vergleichbaren Situationen Kinder mit Förderbedarf am Schulunterricht teilhaben könnten.

Für **Angela Lück (SPD)** habe das Gespräch mit den sachverständigen Gästen die sträfliche Vernachlässigung vieler Menschen im nordrhein-westfälischen Bildungsbe-
reich aufgezeigt – sowohl an Schulen und Hochschulen als auch an Förderschulen
sowie Menschen mit Behinderung betreffend.

Im Schulbereich sei beispielsweise die Arbeit der Unterrichtsbegleiter stark beeinträchtigt gewesen. Allerdings benötigten Kinder mit Unterstützungsbedarf nicht nur in der Schule, sondern auch beim Homeschooling Unterstützung, was nicht stattgefunden habe. Weiterhin hätten Kinder, die während der Pandemie eingeschult worden seien oder in die Sekundarstufe I gewechselt hätten, Probleme gehabt, sich in dem neuen Schulsystem zurechtzufinden.

Im Universitätsbereich hätten die Studierenden teilweise monatelang nur zu Hause studiert, hätten weder die universitäre Infrastruktur noch die psychosozialen Dienste wahrnehmen können und seien somit in dem universitären Leben nie angekommen.

Solche Defizite beeinträchtigen die Entwicklungsmöglichkeiten und könnten nicht wieder aufgeholt werden. Demzufolge werde bereits von einer „Coronageneration“ gesprochen. In der kommenden Legislaturperiode müsse erneut die Frage gestellt werden, welche Unterstützung die Betroffenen bräuchten.

Losgelöst vom Gespräch mit den sachverständigen Gästen kritisiere sie die unzureichende Datenlage – auch seitens des entsprechenden Ministeriums – dazu, in welchen

Kreisen welche Schulen mit welchen Schülern existierten. Gerade im Bildungsbereich gebe es hinsichtlich des Zusammenspiels zwischen verfügbaren Daten, Missständen und Ministerien eine Menge zu tun.

Dr. Martin Vincentz (AfD) hält fest, dass die Folgeeinschätzungen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung für den Bereich „Bildung“ auf einer sehr schlechten Datelage fußten.

Er weise darauf hin, dass ein nicht erfolgter Bildungsabschluss zu einem späteren Zeitpunkt die Einkünfte eines Menschen und seinen sozioökonomischen Status beeinflusse, was wiederum Auswirkungen auf seine Lebensqualität und Gesundheit haben könne. Diese Echoeffekte gelte es politisch anzugehen. Auch in Kapitel 5 des Jahresberichtes spreche sich das Begleitgremium dafür aus, sich in der kommenden Legislaturperiode mit diesen langläufigen Effekte zu beschäftigen. Der zeitliche Abstand zur aktuellen Situation und den entsprechenden Ereignissen werde sicherlich die Effekte der Pandemiebekämpfung auf Bildung und soziales Leben bei jungen Menschen deutlicher machen.

Er spreche sich für eine umfassende, über Einzelfälle hinausweisende entsprechende Datenerhebung in der Zukunft aus, die ein anderes Licht auf die Maßnahmen in Deutschland werfen werde; auch im Hinblick auf den Vergleich mit den Lösungen anderer Staaten, nämlich in der Pandemie Schulen und Universitäten unter allen Umständen offen zu halten. Die Bundesrepublik habe im internationalen Vergleich seine Schulen und Universitäten während der Pandemie am längsten schließen lassen. Dies müsse man kritisch hinterfragen, und man müsse schauen, ob Lösungen anderer Länder nicht vielleicht die richtigeren gewesen wären.

Die sachverständigen Gäste, so **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**, hätten nicht behauptet, dass die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung erfolglos gewesen wären, sondern Unzufriedenheit mit der Ausgestaltung der Ersatzsettings geäußert. Er erinnere auch daran, dass weder Hochschulen noch Schulen in der Pandemie hätten schließen müssen, sondern lediglich der Präsenzbetrieb zeitweilig eingestellt gewesen sei.

Überdies hätten die Sachverständigen darauf hingewiesen, dass Hochschulen und Schulen hierbei nicht über einen Kamm zu scheren seien, sondern dass es große Unterschiede gebe, wie zum Beispiel, dass – anders als an Schulen – an Hochschulen keine Teilung der Lehreinheiten in kleinere Gruppen erfolgen könne.

Für den Bereich der Hochschulen müsse nach Ansicht der Sachverständigen Professorin Steinbeck der Rechtsrahmen im Hinblick auf Klausuren und Lehrveranstaltungen so verändert werden, dass diese nicht nur in Präsenz durchgeführt werden könnten, sondern auch in anderen Formaten – beispielsweise online.

Darin bestehe nach Ansicht der Grünen auch eine Chance für jene Menschen mit Behinderung, für die die Teilnahme an Präsenzformaten erschwert sei. Laut der Sachverständigen Thoms seien insbesondere Schülerinnen und Schüler mit geistigen Einschränkungen im Zuge der Pandemie vom Bildungsgeschehen und damit einhergehenden

vom sozialen Leben faktisch ausgeschlossen gewesen und hätten in ihren Familien unterkommen müssen. Dies sei nicht akzeptabel.

Im Rahmen der Anhörung sei seitens Professorin Carle darauf hingewiesen worden, dass es neben den Lerninhalten auch didaktisch anregende Lehrkonzeptionen zu formulieren gelte. Zur Ausgestaltung von Fernunterricht vor allem mit jüngeren Kindern gehörten demnach auch Regeln, Rituale, Materialien, Orte im Raum, Zeiten und Feedbackstrukturen. Eine Alternative zu dem klassischen Präsenzunterricht stelle demzufolge – so Mostofizadeh – auch Wechselunterricht in kleinen Gruppen dar.

Distanzunterricht habe laut Carle oftmals lediglich das Verteilen und Bearbeiten digitaler Übungsblätter beinhaltet. Es verwundere daher nur wenig, dass gerade die Schülerinnen und Schüler der Lehrenden mit eher geringerer kreativer Kompetenz nachweislich die größeren Lernlücken aufwiesen.

Zudem hätten insbesondere Schülerinnen und Schüler aus finanziell schwächeren Familien vor Herausforderungen hinsichtlich der für den digitalen Fernunterricht benötigten technischen Ausstattung gestanden. Er sehe es als politische Aufgabe, Schulen und Lehrbetriebe mit einer entsprechenden Grundausstattung zu versorgen, damit alle Kinder auch an solchen Unterrichtsformaten teilnehmen könnten.

Daneben sei auch das Thema „Fort- und Weiterbildung in multiprofessionellen Teams“ von den Sachverständigen angesprochen worden.

Es habe weiterhin mit Blick auf die Betreuung von Lehrveranstaltungen und auf die Suche nach Räumlichkeiten die Anregung gegeben, Partnerinnen und Partner aus dem Umfeld miteinzubeziehen, wie etwa Feuerwehrvereine, Betriebe und Kirchen. Hierfür bedürfe es jedoch entsprechender konzeptioneller aber auch gesetzlicher Anpassungen.

Eine Nichtbeachtung der Anmerkungen und Vorschläge der sachverständigen Gäste in entsprechenden künftigen Situationen hätte einen Anstieg an Stress bei den Betroffenen und vor allem bei den Eltern oder auch anderen Betreuungspersonen zur Folge – insbesondere wenn sie in engen Verhältnissen lebten.

Er sehe es als Aufgabe der Politik des Landes an, im besprochenen Bereich klare Ziele und Strukturen zu formulieren und Vorbereitungen für etwaige entsprechende neue Situationen zu treffen.

Während der Pandemie habe es oft an Daten darüber gemangelt, wo wie viele Menschen geimpft oder erkrankt gewesen seien, so **Susanne Schneider (FDP)**. Dahin gehend müsse noch einiges verbessert werden. Auch für den Schulbereich hätten Daten gefehlt. Mittlerweile würden aber zumindest dortige Ausfälle erfasst.

Sie freue sich über das Programm „Extra-Zeit zum Lernen NRW“, mit dem Lernlücken angegangen werden könnten, wenngleich der Ausgleich der entstandenen Defizite nicht zu 100 % möglich sei. Sie freue sich auch darüber, dass sich in diesem Zusammenhang die Förderschulen nach wie vor um die besonderen Herausforderungen der Kinder mit Behinderung kümmern könnten.

Sie unterstreiche den für sie wichtigsten Punkt im Gespräch mit den sachverständigen Gästen, dass nämlich die Schule für Kinder und Jugendliche nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des sozialen Austauschs, der Kommunikation und des Spaßhabens darstelle. Sie bitte darum, dies künftig vor allem dann zu berücksichtigen, wenn wieder vermehrt Schulschließungen gefordert würden. Für Kinder und Jugendliche halte sie eine erneute Isolation psychisch für nicht zumutbar.

Die Pandemie, so **Carina Gödecke (SPD)**, zeige Schwächen, Defizite und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft auf. In dieser Hinsicht erschienen ihr folgende Punkte aus der Anhörung zentral.

Unterrichtsbegleitung werde offenbar nicht vom Bedarf des Kindes aus gedacht und organisiert, sondern vom Ort des Geschehens, und dies werde auf kommunaler Ebene zum Teil sehr unterschiedlich gehandhabt. Hinzu kämen Zuständigkeitsabstimmungsprobleme zwischen Sozial- und Jugendämtern, die mit unterschiedlichen Empfehlungen und Entscheidungen einhergingen. Auch in Bezug auf die Kostenübernahme durch die Kommunen spiele offenbar der Ort des Geschehens eine ausschlaggebendere Rolle als der festgestellte Förder- und Unterstützungsbedarf der Kinder.

Dies laufe jeder Inklusionsdebatte zuwider, und die Politik müsse sich künftig darum kümmern und den Fokus auf den Förder- und Unterstützungsbedarf der Kinder lenken.

Die von Frau Professorin Anja Steinbeck geschilderte Problematik, dass der Studienbeginn eine wichtige Phase für Studierende darstelle und nicht wiederholbar sei, sehe sie auch in anderen Übergangssituationen und Bereichen bei jungen Menschen wie etwa beim Abschließen der Ausbildung oder auch beim Eintritt in das Berufsleben. An diesen Übergängen sei in der Vergangenheit eine Menge kaputtgegangen, zumindest aber versäumt worden; mit nicht einfach zu bewältigenden psychosozialen und entwicklungspsychologischen Konsequenzen. Daher gelte es, sie in Zukunft erneut zu betrachten.

Den Hinweis von Susanne Schneider (FDP) auf neu entwickelte und bereits verfügbare Instrumente halte sie für berechtigt. Jedoch hätten vor allem Frau Professorin Anja Steinbeck und Frau Eva-Maria Thoms zum Ausdruck gebracht, dass bereits bestehende erfolgreiche Instrumente unter den Erfahrungen der Pandemie schon für „Normalzeiten“ schlichtweg erneut evaluiert, weiterentwickelt und wahrscheinlich zum Teil geschärft werden müssten. Darin sehe sie eine Aufgabe des Landtages in der kommenden Legislaturperiode.

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** erinnert daran, dass das Begleitgremium bisher bei jedem diskutierten Thema der Pandemie eine suboptimale Datenlage festgestellt habe. Er sehe darin eine Bestätigung für die Vorgehensweise des Begleitgremiums, stets auch die entsprechenden Datenlagen abzufragen.

3 Verschiedenes

a) **Vorschlag von Angela Lück (SPD) für ein Gespräch mit sachverständigen Gästen**

Angela Lück (SPD) schlägt vor, den letzten Sitzungstermin in der aktuellen Legislaturperiode am 22. März 2022 für das Thema „Testungen und Labore“ zu nutzen bzw. über die Überlastung der Labore und die Datenlage in diesem Bereich zu beraten. Für sie gehöre das Thema unbedingt zum Auftrag des Begleitgremiums; immerhin hätten sich auch die kassenärztlichen Vereinigungen bereits zu dem Thema deutlich positioniert.

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** teilt die Auffassung seiner Vorrednerin bezüglich der Bedeutung des vorgeschlagenen Themas. Würde der Ausschuss allerdings für den 22. März 2022 sachverständige Gäste einladen, könnte die Aussprache darüber entweder – vorbehaltlich einer erneuten Konstituierung des Begleitgremiums – erst in der folgenden Legislaturperiode oder bereits am 22. März 2022 noch in der derselben Sitzung stattfinden.

Marco Schmitz (CDU) sieht die Umsetzung dieses Vorhabens als problematisch, da zum einen einige aktuelle Mitglieder des Begleitgremiums in der folgenden Legislaturperiode nicht mehr dem Gremium angehören würden und auf der anderen Seite dann neue Mitglieder dazukämen.

Außerdem halte er ein Fachgespräch mit Sachverständigen zuzüglich einer Aussprache dazu nicht für erforderlich, weil die Themen „Tests“ und „Impfungen“ nicht zuletzt an den vergangenen Plenartagen sehr ausführlich debattiert worden seien. Vielmehr plädiere er dafür, am 22. März 2022 eine Auswertung der für den 08. März 2022 angesetzten Anhörung von Sachverständigen zum Pandemierahmenplan vorzunehmen.

Über Tests und Labore sei bereits intensiv im Plenum diskutiert worden, so **Susanne Schneider (FDP)**. Überdies habe sicherlich jedes Mitglied des Begleitgremiums noch Diskussions- und Informationsbedarf zu verschiedenen Themen, der unbedient bleibe. Daher spreche sie sich nicht für den Vorschlag von Angela Lück (SPD) aus.

Angela Lück (SPD) akzeptiert die Mehrheitsmeinung im Begleitgremium zu ihrem Vorschlag mit Bedauern, da die Labore bisher viel geleistet, sich aber weder im Ministerium noch im Krisenstab oder im Expertenrat Gehör verschaffen hätten. Dabei sei es ihnen ein Anliegen, angehört zu werden.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) teilt die Einschätzung von Angela Lück (SPD) darüber, dass es zum vorgeschlagenen Thema erheblichen Diskussionsbedarf gebe, und würde sich ihrem Vorschlag, am 22. März 2022 ein Gespräch mit Sachverständigen darüber zu führen, nicht verschließen.

Dass im vergangenen Jahr zuallererst auf POC-Tests gesetzt worden sei und nicht auf PCR-Kapazitäten und nun die Vergütungssysteme nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung stünden, werde mittlerweile von einigen als strategischer Fehler bezeichnet. Wenngleich das Thema eher auf Bundesebene zu verorten sei, habe es Folgen für die Länder und sei damit auch auf Landesebene zu diskutieren.

Er könne aber auch die Entscheidung der CDU und FPD zum Vorschlag verstehen und würde nur wenig Sinn darin sehen, auf die Umsetzung des Vorschlags zu bestehen. Stattdessen empfehle er, sich mit der Thematik intensiv auseinanderzusetzen und verweise auf die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 9. Februar 2022, in der die Frage nach den Kapazitäten der Labore und weitere Aspekte diskutiert würden.

Wäre am 15. Mai 2022 keine Landtagswahl, stände der Umsetzung des Vorschlags von Angela Lück (SPD) sicherlich nichts im Wege, so der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer**. Er nehme in der Sache aber keine Zustimmung seitens der regierungstragenden Mehrheitsfraktionen wahr.

Er pflichte seinem Vorredner bei, dass ein Drängen auf die Umsetzung des Vorschlags das Begleitgremium nicht weiterbrächte. Da er das Thema aber für akut halte, erfahre es sicherlich an anderer Stelle Behandlung.

b) Hinweis zur nächsten Sitzung vom Vorsitzenden Rainer Schmeltzer

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass in der folgenden planmäßigen Sitzung am 8. März 2022 die Anhörung zum Pandemierahmenplan für das Land Nordrhein-Westfalen stattfinden werde.

gez. Rainer Schmeltzer
Vorsitzender

2 Anlagen

16.09.2022/19.09.2022

2

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>4.1 Pandemische Leitlinien</p> <p>(...)</p> <p>Die Fraktion der CDU führt aus, dass die epidemische Lage komplex und schwer einschätzbar sei. Einige Fehler seien gemacht worden, besonders deutlich sei dies im Bereich der Kommunikation geworden. Jetzt müssten zudem die langfristigen Folgen in den Fokus der Debatte gestellt werden, mit allen Facetten. Konsequenzen für die Pandemischen Leitlinien sollten interfraktionell erarbeitet werden. Die Fraktion erinnert an den Rahmen gebenden Charakter der Pandemischen Leitlinien, weshalb in jedem Einzelfall eine Abwägung über die Tiefe der Änderung geboten sei.</p> <p>(...)</p>	<p>Die Fraktion der CDU führt aus, dass die epidemische Lage komplex und schwer einschätzbar sei. Im Bereich der Kommunikation hätte die Zusammenarbeit noch optimiert werden können. Jetzt müssten zudem die langfristigen Folgen in den Fokus der Debatte gestellt werden, mit allen Facetten. Konsequenzen für die Pandemischen Leitlinien sollten interfraktionell erarbeitet werden. Die Fraktion erinnert an den Rahmen gebenden Charakter der Pandemischen Leitlinien, weshalb in jedem Einzelfall eine Abwägung über die Tiefe der Änderung geboten sei.</p> <p>(...)</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>4.4 Medikamentenforschung zu SARS-CoV-2</p> <p>(...)</p> <p>Die Fraktion der CDU sieht das Land eher gefordert, beim Ausbau bereits vorhandener Kooperationsmöglichkeiten zwischen Unternehmen und Universitäten unterstützend tätig zu werden.</p> <p>Die Fraktion der FDP ergänzt mit Blick auf das Image der forschenden Unternehmen als „Pandemiegewinner“, dass</p>	<p>Die Fraktion der CDU sieht das Land eher gefordert, beim Ausbau bereits vorhandener Kooperationsmöglichkeiten zwischen Unternehmen und Universitäten unterstützend tätig zu werden. Der hohe Qualitätsstandard bei der Medikamentenforschung in Deutschland schränkt schnelles Handeln in pandemischen Situation ein. Hier muss organisatorische Schnelligkeit möglich gemacht und Bürokratie abgebaut werden, ohne die wissenschaftlichen Standards zu vernachlässigen oder gar zu vereinfachen. Basisinfrastrukturen und Forschungsallianzen müssen forciert werden.</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p>Die Fraktion der FDP ergänzt, dass den Leistungen der Pharmaindustrie bei der Entwicklung von Impfstoffen</p>	

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>dieses klargestellt werden müsse.</p> <p>Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, dass die Grundlagenforschung lediglich eine staatliche Grundfinanzierung benötige. Bei Koordinierung, Strukturierung und Fokussierung könne der Staat unterstützen.</p> <p>Das Begleitgremium ist einvernehmlich der Auffassung, dass im Rahmen der Medikamentenforschung landesseitig mehr Initiativen erforderlich sind.</p>			<p>und Arzneimitteln Respekt zu sollen sei. Mit Blick auf das in sozialen Medien teilweise verbreitete Image der forschenden Unternehmen als „Pandemiegewinner“ müsse dies klargestellt werden.</p> <p>Das Begleitgremium ist einvernehmlich der Auffassung, dass im Rahmen der Medikamentenforschung die Grundlagenforschung und Kooperationen zwischen Universitäten und Unternehmen landesseitig unterstützt werden sollten.</p>	<p>Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, dass die Grundlagenforschung eine staatliche Grundfinanzierung benötige. Der Staat spiele außerdem eine maßgebliche Rolle, um die Koordinierung, Strukturierung und Fokussierung der Forschung zu unterstützen.</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>4.5 Kommunikationsverhalten der öffentlichen Stellen – verwaltungsintern und gegenüber dem Bürger</p> <p>(...)</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konstatiert, dass sich die Akzeptanz beim Bürger an der Klarheit der Mitteilungen der öffentlichen Stellen ausrichtet. Je klarer die notwendigen Schritte, Ziele und Adressaten benannt würden, desto besser ließen sich die Menschen erreichen. Nach anderthalb Jahre der Pandemie dürften klareren Festlegungen nichts im Wege stehen.</p> <p>(...)</p>		<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p>Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konstatiert, dass sich aus diesem und früheren Fachgesprächen eine eindeutige Aussage aller Sachverständigen ergeben habe: Die Akzeptanz der Schutzmaßnahmen und des Handelns der Landesregierung und öffentlichen Institutionen bei den Bürger:innen steige, wenn die Botschaften einfach seien und klar kommuniziert würden. Je klarer die notwendigen Schritte, Ziele und Adressaten benannt würden, desto besser ließen sich die Menschen erreichen. Das Fachgespräch habe ferner gezeigt, dass obwohl es bekannt sei, dass Menschen mit Migrationsgeschichte oder Menschen, die leichte Sprache benötigten, klarer und</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>Die Anhörung zeige unbestritten einen Mangel in der Kommunikation während der laufenden Pandemie auf, so die Fraktion der CDU. Man müsse stets daran arbeiten, die Kommunikation zu verbessern. Aktuell habe man mit klaren Formulierungen und Ankündigungen zumindest den richtigen Weg eingeschlagen. Die Fraktion führt beispielhaft die von der Landesregierung durchgeführte Veröffentlichung der Lesefassungen der jeweils geltenden Coronaschutzverordnungen an.</p>	<p>Die Anhörung der Sachverständigen hat noch Optimierungsmöglichkeiten in der Kommunikation während der laufenden Pandemie aufgezeigt, so die Fraktion der CDU. Man müsse stets daran arbeiten, die Kommunikation zu verbessern. Aktuell habe man mit klaren Formulierungen und Ankündigungen zumindest den richtigen Weg eingeschlagen. Die Fraktion führt beispielhaft die von der Landesregierung durchgeführte Veröffentlichung der Lesefassungen der jeweils geltenden Coronaschutz-</p>			<p>deutlicher angesprochen werden müssten, dies offensichtlich nicht gelungen sei. Hierfür müssten zunächst die Kommunikationsmechanismen und die Zielgruppen genau herausgearbeitet werden, um dann die Kommunikationsmaßnahmen darauf gezielt abzustimmen. Nach anderthalb Jahre der Pandemie dürften klareren Festlegungen nichts im Wege stehen.</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>(...)</p>	<p>verordnungen an. Wichtige Erkenntnis aus dem Gespräch ist, die verschiedenen Kommunikationswege zu bedenken und die mediale Vielfalt zu nutzen. Dabei müssen die unterschiedlichen Zuständigkeiten beachtet und professionell vernetzt werden.</p>			
<p>4.6 Long COVID – Handlungsmöglichkeiten des Landes</p> <p>(...)</p> <p>Die Fraktion der CDU konstatiert, dass zum Thema Long COVID seit der Sitzung im August neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Im Fall der Kinder, die ohne COVID-Erkrankung dennoch Long COVID-Symptome zeigen, sei noch fraglich, woher genau dies rühre: ob es sich dabei um eine Folge von Corona, der Isolation oder des Lockdowns handle. Einhellige Meinung der Sachverständigen – und nach Einschätzung</p>	<p>Die Fraktion der CDU konstatiert, dass zum Thema Long COVID seit der Sitzung im August neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Im Fall der Kinder, die ohne COVID-Erkrankung dennoch Long COVID-Symptome zeigen, sei noch fraglich, woher genau dies rühre: ob es sich dabei um eine Folge von Corona, der Isolation oder des Lockdowns handle. Einhellige Meinung der Sachverständigen – und nach Einschätzung</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>der Fraktion auch im Begleitgremium - sei es, dass in diesem Bereich weitere Forschung und mehr Ambulanzen nötig seien. Auch die Fraktion der CDU ist der Überzeugung, dass das Thema Long COVID das Begleitgremium, und grundsätzlich auch den Landtag, noch lange Zeit begleiten werde.</p> <p>(...)</p> <p>Der Einschätzung der Fraktion der AfD zur Anhörung tritt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegen. Es möge vielleicht einen Dissens in der Wissenschaft über die Zuordnung des Beobachteten in die eine oder andere Fachkategorie geben, nicht</p>	<p>der Fraktion auch im Begleitgremium - sei es, dass in diesem Bereich weitere Forschung und mehr Ambulanzen nötig seien. Auch die Fraktion der CDU ist der Überzeugung, dass das Thema Long COVID das Gesundheitssystem und grundsätzlich auch den Landtag, noch lange Zeit begleiten werde. Es ist von einem komplett neuen Krankheitsbild auszugehen, dessen Komplexität und genaue Diagnose noch wissenschaftlich, medizinisch erforscht und festgelegt werden müssen. Parallel müssen Behandlungsmöglichkeiten erweitert bzw. geschaffen werden.</p>			<p>Gewissen Einschätzungen zur Anhörung tritt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegen. Es habe keinen Dissens über eine eminente Zunahme an Pathologien in den vergangenen Wochen und Monaten gegeben, die auch mit Long COVID zu</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ,Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>aber darüber, ob die beschriebenen Folgen existierten. Alle Sachverständigen hätten sich dafür ausgesprochen, dass mehr Ambulanzen und diagnostische Zentren, überhaupt Gesprächsmöglichkeiten, gebraucht würden, um dem Thema gerecht zu werden. Niemand bestreite, dass man die Schutzmaßnahmen sehr genau hinsichtlich ihrer Zielgerichtetheit und ihres Grades der Gefährlichkeit prüfen müsse. Die Fraktion mahnt Richtlinien für die Therapie an, die von den Fachgesellschaften und medizinischen Instituten erarbeitet werden müssten.</p> <p>(...)</p>				<p>bezeichnen seien. Es möge vielleicht einen Dissens in der Wissenschaft über die Zuordnung des Beobachteten in die eine oder andere Fachkategorie geben, nicht aber darüber, ob die beschriebenen Folgen existierten. Niemand bestreite allerdings, dass die Schutzmaßnahmen sehr genau hinsichtlich ihrer Zielgerichtetheit und ihres Grades der Gefährlichkeit geprüft werden müssen. Im Hinblick auf die Behandlung von Long-Covid hätten sich alle Sachverständigen dafür ausgesprochen, dass mehr interdisziplinäre Long-Covid-Ambulanzen und diagnostische Zentren, überhaupt Gesprächsmöglichkeiten, gebraucht würden, um dem Thema gerecht zu werden. Aus Sicht der Fraktion sei insofern eine deutliche Ausweitung dieser Ambulanzen und diagnostischen Zentren erforderlich, um eine landesweite Abdeckung zu erreichen. Die Fraktion mahnt</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
				darüber hinaus Richtlinien für die Therapie an, die von den Fachgesellschaften und medizinischen Instituten erarbeitet werden müssten.
<p>4.7 Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage (...)</p> <p>Auch die Fraktion der CDU räumt ein, dass einige Vorhersagen eingetreten seien. Die verminderte Gewichtung der Inzidenz sei kein guter Weg bei der Beurteilung der Pandemielage gewesen. Die Hospitalisierungsrate sei nicht zu 100% aussagefähig und die Bettenkapazität sinke, auch mangels Personal. (...)</p>	<p>Auch die Fraktion der CDU räumt ein, dass einige Vorhersagen eingetreten seien. Die verminderte Gewichtung der Inzidenz sei kein guter Weg bei der Beurteilung der Pandemielage gewesen. Die Hospitalisierungsrate sei nicht zu 100% aussagefähig und die Bettenkapazität sinke, auch mangels Personal. Rückblickend zeigt sich, dass auf ein dynamisches Pandemiegeschehen jederzeit flexibel reagiert werden muss. Die neue Omikron-Variante hat gezeigt, dass Inzidenzzahlen nur eine</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
	bedingte Aussagekraft haben und immer nur ein Teil des Gesamtbildes sein können.			
<p>4.x Erfahrungen im parlamentarischen Raum mit früheren Pandemien und Epidemien</p> <p>(...)</p> <p>Von der Fraktion der SPD wird ergänzt, dass die Information der Bevölkerung wichtig ist. Eine gute Kommunikation sei nicht zuletzt unter der Maßgabe wichtig, Panik und Unsicherheit sowie die Verbreitung von „Märchen“ in den sozialen Medien zu vermeiden. Auch aus ihrer Sicht könne ein ständig zu optimierender Pandemieplan eine Konsequenz aus der aktuellen Pandemie sein.</p> <p>Ebenso spricht sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine kontinuierliche Fortschreibung des Pande-</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p>Von der Fraktion der SPD wird ergänzt, dass die Information der Bevölkerung wichtig ist. Eine gute Kommunikation sei nicht zuletzt unter der Maßgabe wichtig, Panik und Unsicherheit sowie die Verbreitung von Darstellungen in den sozialen Medien zu vermeiden. Auch aus ihrer Sicht könne ein ständig zu optimierender Pandemieplan eine Konsequenz aus der aktuellen Pandemie sein.</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p>Ebenso spricht sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine kontinuierliche Fortschreibung des Pande-</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>mieplans aus, der sich zusätzlich der Praxistauglichkeit stellen müsse.</p> <p>(...)</p>				<p>mieplans aus, der im Sinne eines tatsächlichen Erkenntnisgewinns zusätzlich um den Aspekt der Praxistauglichkeit zu erweitern sei. Daher werde aus Sicht der Fraktion dringend empfohlen, eine Bestandaufnahme davon zu machen, was zur Tauglichkeit zähle und welche Grundvoraussetzungen dafür erfüllt sein müssten (z.B. beim Thema „Schule“). Dies könne in Stichproben abgefragt werden. Damit würden lokale Unterschiedlichkeiten vermieden. Die Fraktion stellt darüber hinaus fest, dass der Ausfall der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in der Imagekampagne nicht nachvollziehbar sei. Es hätten mehr allgemeine Formate und Materialien zur Impfaufklärung zur Verfügung gestellt werden müssen, die über den Einsatz von vereinzelt Maßnahmen hinaus gehen. Damit würden nicht nur Kosten gespart und der Einsatz von</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ,Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
				Fachexpert:innen effektiver eingesetzt. Dies hätte vielmehr dazu beigetragen, die Kampagne besser zu koordinieren und mehr Leute zum Impfen zu animieren.
<p>4.8.1 Datenlage – stationäre Versorgung (...)</p> <p>Die von Nordrhein-Westfalen getroffenen Maßnahmen zeigten schon positive Wirkung, so die Fraktion der CDU. Nach wie vor sei aber die Analyse der Daten nicht gut. Hier könnte nachgebessert werden, zumal alle Daten noch vorhanden seien. Mit Blick auf die Krankenhausplanung müsse ein Stück weit hingenommen werden, dass Pandemiegeschehen nicht vorsorglich einplanbar seien.</p> <p>(...)</p>	<p>Die von Nordrhein-Westfalen getroffenen Maßnahmen zeigten schon positive Wirkung, so die Fraktion der CDU. Nach wie vor sei aber die Analyse der Daten nicht ausreichend. Hier könnte nachgebessert werden, zumal alle Daten noch vorhanden seien. Mit Blick auf die Krankenhausplanung müsse ein Stück weit hingenommen werden, dass Pandemiegeschehen nicht vorsorglich einplanbar seien. Eine pandemische Lage ist an Hand von validen Daten und Fakten besser zu steuern. Hier muss Datenerfassung</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
	<p>und Digitalisierung nicht nur für eine Pandemie, sondern auch für die tägliche Arbeit dringend verbessert werden.</p>			
<p>4.8.3 Datenlage – Soziales (...) Die soziale Situation der Bürgerinnen und Bürger sei nicht besser geworden, hält die Fraktion der CDU fest. Die vielfältigen Folgen der Pandemie seien noch nicht in Gänze abzuschätzen. Es gelte, die Entwicklungen weiter zu beobachten, um passgenaue Maßnahmen treffen zu können. Dabei müssten insbesondere Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren im Blick behalten werden. (...)</p>	<p>Die soziale Situation der Bürgerinnen und Bürger sei nicht besser geworden, hält die Fraktion der CDU fest. Die vielfältigen Folgen der Pandemie seien noch nicht in Gänze abzuschätzen. Es gelte, die Entwicklungen weiter zu beobachten, um passgenaue Maßnahmen treffen zu können. Dabei müssten insbesondere Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren im Blick behalten werden. Insbesondere ist hier das Augenmerk auf die Menschen zu richten, die aus ihrer Situation heraus schon benachteiligt</p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	<p><i>(keine Änderungen)</i></p>	

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird über die bisher angesprochenen Aspekte die Belastung der Menschen mit Behinderung hervorgehoben, für welche abrupt und ersatzlos Maßnahmen entfallen seien, sowie praktische Maßnahmen angesichts der aktuellen Energie- und Heizkostensituation. Sie ist der Einschätzung, dass NRW nicht gut vorbereitet, die getroffenen Maßnahmen aber nicht unbedacht gewesen seien. Die Fraktion fordert dezidierte Planungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf.</p>	<p>sind, z.B. Menschen mit geistiger Behinderung, Menschen in besonderen Wohnformen. Hier braucht es schnelle Handlungsempfehlungen.</p>			<p>Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird neben den bisher angesprochenen Aspekten die Belastung der Menschen mit Behinderung hervorgehoben, für welche abrupt und ersatzlos Teilhabemöglichkeiten entfallen seien, nachdem sie aus ihrem sozialen Kontext und ihrer alltäglichen Umgebung gerissen worden waren. Es müsse hier strukturiert Vorsorge getroffen werden. Angesichts der aktuell steigenden Energie- und Heizkosten müssten praktische Ausgleichmaßnahmen ergriffen werden. Die Fraktion ist der Einschätzung, dass NRW nicht gut vorbereitet gewesen sei, die getroffenen Maßnahmen aber notwendig</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ,Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
				und nicht unbedacht gewesen seien. Die Fraktion fordert dezidierte Planungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf.
<p>4.8.4 Datenlage – Arbeit / Wirtschaft (...)</p> <p>Die Fraktion der CDU bestätigt die Einschätzung der Fraktion der SPD. Lieferengpässe führten häufig zu Kurzarbeit und Kurzarbeit sei die „rettende Brücke“ vor Arbeitslosigkeit. Erfreulich sei, dass die Arbeitslosenzahl jetzt sinke. Langzeitarbeitslose müssten gezielter gefördert werden.</p> <p>(...)</p>	<p>Die Fraktion der CDU bestätigt die Einschätzung der Fraktion der SPD. Lieferengpässe führten häufig zu Kurzarbeit und Kurzarbeit sei die „rettende Brücke“ vor Arbeitslosigkeit. Erfreulich sei, dass die Arbeitslosenzahl jetzt sinke. Langzeitarbeitslose müssten gezielter gefördert werden. Die Qualifizierungsmöglichkeiten, die für Arbeitslose existieren, und die Ausbildung junger Menschen müssen auch in Pandemielagen ausgeschöpft werden, um den</p>	<p>(keine Änderungen)</p>		

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>Solo-Selbstständige hätten zu wenig Unterstützungsangebote erhalten, so die Fraktion der FDP. Die Erleichterungen bei der Grundsicherung seien nicht ausreichend. Positiv habe man den Digitalisierungsschub in Unternehmern und bei den Mitarbeitenden wahrgenommen, wobei die Entwicklung im Bereich des homeoffice weiter abzuwarten sei. Für den Wiedereinstieg in Beschäftigungsverhältnisse seien weitere Unterstützungsmaßnahmen erforderlich.</p> <p>Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen merkt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, dass die Lücke zwischen Ausbildung und Lehrstellenvermittlung geschlossen werden müsse. Den Digitalisierungsschub insbeson-</p>	<p>Menschen Zukunftsperspektiven zu geben.</p>		<p>Solo-Selbstständige hätten zu wenig Unterstützungsangebote erhalten, so die Fraktion der FDP. Die Erleichterungen bei der Grundsicherung seien alleine nicht ausreichend. Positiv habe man den Digitalisierungsschub in Unternehmern und bei den Mitarbeitenden wahrgenommen, wobei die Entwicklung im Bereich des Homeoffice weiter abzuwarten sei. Für den Wiedereinstieg in Beschäftigungsverhältnisse seien Instrumente wie z. B. Zeitarbeit und flexiblere Arbeitszeiten sinnvoll.</p>	<p>Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen merkt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, dass die Lücke zwischen Ausbildung und Lehrstellenvermittlung geschlossen werden müsse und hierzu Nachsteuerungen erforderlich</p>

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4.1, 4.4, 4.5, 4.6 ,4.7, 4.x ‚Erfahrungen im parl. Raum‘, 4.8.1, 4.8.3, 4.8.4 des 2. Entwurfs – TOP der Sitzung am 1. Februar 2022

Text (2. Entwurf)	Änderungswünsche CDU	Änderungswünsche SPD	Änderungswünsche FDP	Änderungswünsche GRÜNE
<p>dere im Bereich des home-office habe sie anders wahrgenommen. Es gäbe noch Potenzial, weitere Chancen könnten je nach Branche genutzt werden.</p>				<p>seien. Den Digitalisierungsschub insbesondere im Bereich des Homeoffice habe sie anders wahrgenommen. Es gäbe hierin noch etliches nicht ausgeschöpftes Potenzial und es bestehe daher in diesem Bereichen noch ein erheblicher Ausbaubedarf. Es müsse im Sinne eines „best practice“ eine Anleitung für funktionierendes Homeoffice mit guten Strukturen sowohl in Bezug auf den einzelnen Arbeitsplatz als auch im Hinblick auf die Organisationlogik geben, damit die Chancen des Homeoffice kontinuierlich genutzt werden können. Die verschiedenen Branchen würden jedoch unterschiedlich von der Möglichkeit der Digitalisierung und des Homeoffice profitieren. Es sei daher nötig bei den Hilfsmaßnahmen diese Unterschiede zu berücksichtigen und angemessen auszugleichen.</p>

5. Zwischenstand

Die Möglichkeit der zugleich inhaltlich tiefen aber vor allem themenübergreifenden Betrachtung der Pandemie im parlamentarischen Begleitgremium Covid-19-Pandemie stellt einen wichtigen Mehrwert für das parlamentarische Handeln und die Bearbeitung der sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der gegenwärtigen Pandemie dar. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den bisher erfolgten Gesprächen zur Datenlage, sondern auch in Bezug auf den Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage und deren späterer Verlauf.

Das im Gremium erarbeitete Wissen gilt es nun zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens in konkretes politisches Handeln zu überführen, damit unter anderem die langfristigen Folgen der Pandemie für die nachfolgenden Generationen abgedeckt werden können. Zugleich können aus der bisherigen Arbeit des Covid-19-Begleitgremiums generalisierte Schlussfolgerungen für vergleichbare Krisen- oder pandemische Situationen gezogen werden, an denen sich die Landesregierung orientieren sollte.

Aus heutiger Sicht ist zu erwarten, dass die Corona-Pandemie und auch ihre Folgen im sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bereich den Landtag von NRW über die 17. Wahlperiode hinaus begleiten werden. Dementsprechend empfehlen die Mitglieder dem kommenden Landtag eine Wiedereinsetzung zu beraten.